

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Januar/Februar 1979

Evangelische Verantwortung

Heft 1 — 2/1979

Christ sein in der Politik

Lieber Leser!

Der Evangelische Arbeitskreis trägt die der Union aufgegebenene Verantwortung für den geistig-politischen Klärungsprozeß in unserer Gesellschaft mit. Unter dem Eindruck der Ermordung von Hans-Martin Schleyer und dem immer deutlicher werdenden Generalangriff des Terrorismus auf unseren Staat habe ich auf unserer Landestagung im Herbst des Jahres '77 in Neuss die Frage gestellt: Wann wird die Evangelische Kirche wohl einmal eine Denkschrift veröffentlichen, in der unser Staat und unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung ein Wort der Anerkennung, Unterstützung und der gebotenen Verteidigung erfahren?

In der Zwischenzeit ist eine gewisse Veränderung erfolgt. Als sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Terrorismus äußerte, wurde erstmals, wenn auch noch zaghaft, ein ermutigendes Wort für diesen unseren freiheitlichen Staat hörbar. In einer gerade veröffentlichten Denkschrift zum Thema „Leistung und Wettbewerb“ hat die EKD ein klares Bekenntnis zu den Grundsätzen der sozialen Marktwirtschaft abgelegt. Auch wenn dies die Befürworter eines Weges zum Sozialismus nicht wahrhaben wollen.

Auf der gerade beendeten Synode der EKD in Bethel wurde die „Sinnkrise der Erziehung“ entdeckt und Antwort auf die Frage nach dem Sinn und Ziel der doch viele Jahre als überflüssig angesehenen Erziehung gesucht. „Schule soll wieder Spaß machen“. Schließlich hat sich die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland, wie schon erwähnt, gegen die Koop-Schule und für die Erziehung entschieden. Hier kündigt sich auf dem Trümmerfeld, das uns die Ideologen der Kulturrevolution hinterlassen haben, die Bereitschaft verantwortlich denkender Menschen an, Einsicht zu gewinnen, wie die Folgen einer zerstörten Bildungslandschaft beseitigt werden können.

Terrorismus, wachsende Kinder- und Jugendkriminalität, Fehler im Sozialverhalten, Flucht in die Radikalität oder die Droge oder in eine neue Innerlichkeit bis zu der Konsequenz der totalen Anpassung an

eine autoritär geführte Gemeinschaft oder die Unterwerfung bis unter die tödlichen Zwänge einer pseudo-religiösen Kultgemeinschaft sind nicht mehr zu übersehende Erscheinungen unserer Gesellschaft.

Mußte es erst zu einer solchen Krise kommen? Entdecken wir nicht in dem Aufstand der Irrationalität, wie er sich in dem Anschluß junger Menschen an pseudoreligiöse Führer oder der eschatologischen Zielsetzung des deutschen Terrorismus, auf den Dolf Sternberger kürzlich hingewiesen hat, zeigt, eine fatale Ähnlichkeit zu der vor 50 Jahren in Deutschland erhobenen Forderung des totalen Gehorsams gegenüber einem Führer, der vorgab, ein tausendjähriges Reich aufzurichten? Als vor Jahren warnende Stimmen darauf hinwiesen, daß der neomarxistische Ansatz in weiten Bereichen der sogenannten Bildungsreform den Menschen nicht mehr Freiheit, schon gar nicht mehr berufliche Entfaltungschancen bringen würde, wurden sie als reaktionär verteufelt. Viele junge Menschen sind unserem Staat entfremdet, fühlen sich unsicher, weil sie empfinden, daß die Schule sie nicht ausreichend auf die Lebenswirklichkeit vorbereitet hat und ihr künftiger Berufs- und Lebensweg unbestimmbar geworden ist. Verbürokratisierung der Schule, überzogene Leistungsansprüche auf dem intellektuellen Gebiet, Vernachlässigung der praktischen Begabung und der Verzicht auf die Pflege sozialer Begegnung haben unsere Schulen unmenschlicher gemacht.

Aber wenn Erziehung und Bildung zum Leben, zum Bestehen in der Lebenswirklichkeit wieder an die erste Stelle der Bildungspolitik treten sollen, dann reicht es nicht aus, den Schutt der vergangenen Jahre abzuräumen. Die sich abzeichnenden Gefahren erfordern eine tiefer gehende Auseinandersetzung. Wenn auch die politische Verantwortung für diejenigen in SPD und F.D.P. nicht übersehen werden darf, die mit den Mitteln der politischen Führung die zerstörerischen Entwicklungen im Bildungswesen im

**EAK-Bundestagung '79 — 2. bis 4. März in Wuppertal.
Die Einladung finden Sie in der Mitte dieses Heftes.**

Interesse des Erwerbs und des Erhalts der Regierungsmacht hervorgerufen, zumindest aber begünstigt und geduldet haben, so darf die notwendige Auseinandersetzung nicht in vordergründiger Polemik und persönlicher Beschimpfung steckenbleiben, von der sich die Bürger ohnehin nur angewidert abwenden, weil sie sich hiervon zu Recht keine Lösung der Probleme versprechen.

Im Kern der Auseinandersetzung um eine neue Politik muß daher das Bemühen stehen, wie das allgemeine Verantwortungsbewußtsein gestärkt werden kann, wie fehlende Maßstäbe zurückgewonnen werden können und wie ein politisches Ordnungsgefüge wieder hergestellt werden kann, das dem einzelnen wie den Gruppen Räume zur freien Entfaltung öffnet. Unsere Gegenwart und Zukunft darf nicht in der Überbürokratisierung aller Lebensbereiche ersticken.

Wenn die Aufgabe der Kriegsgeneration darin bestanden hat, der Bundesrepublik Deutschland in den ersten 30 Jahren nach dem Krieg die innere Stabilität zu geben, dann ist es die Aufgabe unserer Generation, den politischen und kulturellen Aufbau unseres Staates zum zweiten Male zu vollziehen und der Bundesrepublik Deutschland die politische, soziale und kulturelle Stabilität für die Zukunft zu sichern. Das bedeutet zuallererst, Bekenntnis abzulegen zu unserem Staat, ohne wenn und ohne aber!

Diese politische Ordnung muß den Raum wieder herstellen, daß Familien ihren Erziehungsauftrag erfüllen können. Astrid Lindgren, die 1978 mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde, hat in ihrer eindrucksvollen Rede in der Frankfurter Paulskirche mahndend erklärt, daß Kinder mit Liebe durch das lebendige Beispiel erzogen werden müssen. Überzeugender kann der Begriff auf Familie und Ehe, die offiziell in unserem Lande als Sozialagentur und beliebig aufkündbarer Sexual- und Versorgungsverband beschrieben wurden, nicht zurückgewiesen werden. Nun gilt es, die Offensive für die Familie zu eröffnen. Das ist mehr als die Ablehnung des neuen wiederum die Familie behindernden und schädigenden Jugendhilferechts der Bundesregierung, durch das erneut Mißtrauen zwischen Eltern und Kindern gesät wird. Aufbrechen und Umdenken ist die Aufgabe, bei der die Union eine leitende, führende Verpflichtung hat. Wir müssen uns auch ernsthaft Gedanken darüber machen, wie das Mißtrauen, das vor allem zahlreiche junge Bürger

— besonders im evangelischen Bereich — gegen unseren Staat entwickelt haben, wieder abgebaut wird. So unsinnig die Diffamierung unseres Staates als „Schnüffelstaat“ ist, viele junge Menschen sind dieser Propaganda-These erlegen, und es bedarf langer, sachlicher Überzeugungsarbeit, den Unsinn, den die Gegner der Demokratie predigen, als das wieder verständlich zu machen, was er ist: Verleumdung des freiheitlichsten Staates, der je auf deutschem Boden entstanden ist.

Wenn die schleichende Krise der Bundesrepublik, der sich unter einer scheinbar ruhigen Oberfläche vollziehende Abbau herkömmlicher Wertvorstellungen erkannt ist, dann ist es Zeit, nach den Zeichen der Hoffnung zu sehen. Mut zur Erziehung, zum Leben, zum Beruf, zum Dienst am Nächsten sind solche Hoffnungszeichen. Freilich sollte niemand annehmen, daß sich diese Entwicklung selbst stürmisch Bahn bricht. An den Schalthebeln der Macht, in den Ministerien, Schulen, Hochschulen, in den Massenmedien sitzt eine Generation von Missionaren, die, durchdrungen von dem Glauben, die Menschen nach ihrem bewußt oder unbewußt marxistisch geprägten Leitbild formen und das freiheitlich politische System verändern zu können, auch unter dem Eindruck des Scheiterns ihrer vermeintlichen Reformpolitik nicht die Einsicht finden werden, daß ihre Ziele Illusionen gewesen sind. Die politische Auseinandersetzung wird noch viele Jahre weitergeführt werden müssen. Der Erfolg wird weitestgehend davon abhängen, ob es eine Mehrheit von Demokraten über Parteigrenzen hinweg geben wird, die gemeinsam diesen Kampf bestehen.

Der Evangelische Arbeitskreis sieht auch insoweit seine Aufgabe darin, nicht die Konfrontation zu betreiben, sondern Brücken zu schlagen, um der freiheitlichen Politik eine sie tragende Mehrheit zu sichern.

In diesem Sinne rufe ich Sie als Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland auf, an der diesjährigen Bundestagung des Arbeitskreises in Wuppertal teilzunehmen. Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Hans-Ulrich Klose

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL, ist Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland sowie Mitglied der rheinischen Landessynode; des weiteren gehört er u. a. dem Vorstand der CDU Rheinland an.

Kurz notiert

EAK-Vertreter zu Gesprächen nach USA

Auf Einladung amerikanischer Senatoren nahmen Mitglieder des

Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 17.–21. Januar 1979 an einer internationalen christlichen Konferenz in Washington teil. Der Delegation gehörten der ehemalige baden-württembergische Kultusminister Prof. Dr. Wilhelm Hahn, MdL, die CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Gerd Langguth und Peter von der Heydt sowie der EAK-Bun-

desgeschäftsführer Dr. Peter Egen an. Im Mittelpunkt der Tagung stand das „National Prayer Breakfast“, an dem auch US-Präsident Carter teilnahm. Des weiteren sind die Vertreter des EAK zu politischen Gesprächen mit Senatoren und Kongreßabgeordneten sowie Vertretern des State Department zusammengetroffen.

Der Mensch als Leitbild christlich-sozialer Politik

Carl-Dieter Spranger

Die vor kurzem veröffentlichte Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Titel: „Sozialethische Überlegungen zur Frage des Leistungsprinzips und der Wettbewerbsgesellschaft“ ist ein in vielerlei Hinsicht wertvoller Beitrag zur notwendigen Diskussion der darin umschlossenen Probleme. Die in mehrjähriger Arbeit von qualifizierten Sachverständigen verschiedener Fachbereiche erstellte Schrift verdient es, auch außerhalb der Kirche, insbesondere bei Politikern, Beachtung zu finden. Dies wird umso mehr gelingen, als der Leser mit Befriedigung das Bemühen um ausgewogene Analyse erkennen kann.

Die Denkschrift ist eine umfassende Auseinandersetzung mit Kritikern von Leistungsprinzip und Wettbewerbsgesellschaft. Zu der ideologisch begründeten Verteufelung des Leistungsprinzips in nicht-sozialistischen Gesellschaftsordnungen wird eindeutig festgestellt: „Leistung ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kultur und Zivilisation. So gesehen wäre Leistungsfeindlichkeit einfach Kulturfeindlichkeit.“ Ausführlich beschäftigt sich die Schrift mit der Bedeutung des Wettbewerbs als Motor der Vielfalt und der Neuerungen, aber auch als Verteiler wirtschaftlicher und politischer Macht. Die Voraussetzungen zur Bejahung des Leistungsprinzips und der Wettbewerbsgesellschaft werden im einzelnen dargelegt und begründet. Manche Themen hätten sicherlich intensiver, eindeutiger oder mit anderem Ergebnis behandelt werden können, wie zum Beispiel die Bedeutung von Arbeit, Leistung und Erfolg für den einzelnen und seine Selbstverwirklichung, die Verpflichtung auch der Gewerkschaftsführer zur Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft, die Wahrheit über die Behauptungen von „Leistungsdruck“ und „Dauerstreß“ in der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ursachen und Folgen einer verfehlten Bildungspolitik, die Abitur und Hochschule zum wichtigsten Maßstab ohne Rücksicht auf die Volkswirtschaft und die wahren Bedürfnisse unserer Jugend macht. Eine um-

fassende Stellungnahme ist hier nicht möglich. Doch sei wenigstens auf drei besonders bedeutsame Themen eingegangen, mit denen sich die Denkschrift befaßt.

Frage nach dem christlichen Menschenbild

Am Ende einer Reihe kritischer Anfragen an den Marxismus/Sozialismus und die von ihm geprägten Gesellschaftsordnungen kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis: „Auch in sozialistischen Ländern ist alles menschliche Tun und jede menschliche Ordnung in sich zwiespältig. Auch wo Gerechtigkeit und Menschlichkeit angestrebt werden, kann dies zum Gegenteil führen. Darum ist eine grundsätzliche Besinnung notwendig über das Wesen des Menschen, seine Bestimmung, seine Verderbnis, seine immer neuen Möglichkeiten der Neuerung.“

Die grundsätzliche Besinnung auf das Wesen des Menschen – das ist eine fundamentale Forderung an Kirche und Politik zugleich nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem Marxismus/Sozialismus, sondern auch im Bemühen um die Menschen in Deutschland und in der Welt. Gerade weil Marxismus/Sozialismus eine dem Wesen des Menschen feindliche Ideologie darstellt, kann er – nicht zufällig und bedauerlicherweise, sondern zwangsläufig und bewiesenermaßen – bei miserablen ökonomischen Ergebnissen nur unter schwerwiegenden Verletzungen der Grund- und Menschenrechte praktiziert werden.

Andererseits: obwohl in der Bundesrepublik Deutschland die demokratischen politischen Parteien „den Menschen in den Mittelpunkt stellen“ und „eine Politik für den Menschen machen“ wollen, obwohl die Kirchen für das Wohl der Menschen sich einsetzen, blieb das Bemühen um den Menschen mehr oder minder unzulänglich, weil es zu wenig sein Wesen berührte. Die Verbesserung der materiellen Wohlfahrt, der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist wichtig, aber darf nicht alles sein. Der Mensch

als Leitbild – das heißt für uns: das christliche Menschenbild mit seinen sowohl pessimistischen als auch optimistischen Zügen ist Ausgangspunkt und Ziel politischen Handelns. Menschen sind zwar fehlbar, sie können irren, das Richtige und Gute verfehlen, Böses tun, schuldig werden. Sie sind jedoch auch fähig, ihr Schicksal selbst zum Besseren zu wenden, gut, ideell, selbstlos und vernünftig zu handeln. Im Gegensatz dazu steht das sozialistisch-materialistische Menschenbild, wonach der Mensch von Natur aus selbstlos und gut sei und nur die Gesellschaft oder Gesellschaftssysteme verantwortlich seien für seine Fehlentwicklungen und -entscheidungen. Doch auch Thesen bestimmter Psychologen und Soziologen, Demoskopen und sonstiger öffentlicher Meinungsbildner haben das Wesen des Menschen verzerrt und eine tiefe Verunsicherung darüber hervorgerufen.

Die vielfach mißachtete transzendente Dimension des Menschen ist Grundlage unserer auf christlichen Wertvorstellungen begründeten Po-

Aus dem Inhalt

| | |
|--|----|
| Christ sein in der Politik Hans-Ulrich Klose | 1 |
| Der Mensch als Leitbild christlich-sozialer Politik Carl-Dieter Spranger | 3 |
| Flüchtlinge – das vergessene Elend | 5 |
| Aus unserer Arbeit | 6 |
| Europa heute – das Meinungsklima in der Gemeinschaft | 12 |
| Stellenangebot | 12 |
| Kurz notiert | 15 |
| Aus Akademieprogrammen | 16 |

Unsere Autoren:

Dr. Hans Ulrich Klose, MdL,
Haus des Landtages, 4000 Düsseldorf
Dr. Carl-Dieter Spranger, MdB,
Bundeshaus, 5300 Bonn

litik, die den Menschen weder als ein vergesellschaftetes noch als ein von menschlichen Gemeinschaften und Politik unabhängiges Wesen versteht. Dieses Verständnis begründet unsere Politik und ihre Grenzen aus demselben Prinzip, nämlich aus der Verantwortung vor Gott und der sich daraus ergebenden Achtung vor der Würde des Menschen. Jeden einzelnen in seiner Menschenwürde ernst zu nehmen, im Zusammenleben des Ganzen ihm so viel als möglich Freiheit des Handelns und das Recht der Mitbestimmung in staatlichen Dingen einzuräumen ist nach unserer Auffassung der Sinn demokratischer, freiheitlich-rechtsstaatlicher Ordnung.

Kirchen müssen auf Neuorientierung der Werte hinweisen

In den theologischen Überlegungen der Denkschrift über Leistung und Wettbewerb — die leider im Vergleich zu den sozial-ethischen Gedanken zu kurz kommen — wird die richtige und notwendige Forderung erhoben, Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaften sollten sich mehr als bisher auf das Wachstum geistiger, moralischer und sittlicher Werte, auf das soziale Zusammenleben, auf Gerechtigkeit und auf die Gestaltung der Umwelt beziehen. „Ein Wandel der Konsumgewohnheiten setzt zugleich einen Wandel im Wertbewußtsein und damit im Verhalten des Menschen voraus. Die Wertorientierung von Leistung und Wettbewerb wird damit zu einer Herausforderung an alle gesellschaftlichen Gruppen. Die Kirchen haben die Aufgabe, auf die Neuorientierung der Werte hinzuweisen und sie durch Verkündigung und Bildungsarbeit den Menschen nahezubringen“.

Die Frage nach den für unser Volk verbindlichen Grundwerten ist tatsächlich für Politiker und für die Kirchen von gleich großer Bedeutung. Die Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, die Neugestaltung der freiheitlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung hat materielle Sachzwänge weitgehend überwunden. Die ersten zwanzig Jahre unter Führung hervorragender Unionspolitiker wie Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren Jahre tiefgreifender und segensreicher Reformen. Die Bundesrepublik Deutschland wurde zu

einem der wirtschaftlich leistungsfähigsten, zu dem sozial am besten abgesicherten, zu dem gesellschaftlich ausgeglichensten Industrie- und Sozialstaat der Welt. Kein Land sonst, in dem Klassenunterschiede so sehr überwunden wurden wie in dem unseren — nicht nur im Vergleich zur westlichen Welt sondern erst recht im Vergleich zu sozialistischen Staaten, in denen die „neue Klasse“ der Staats- und Parteifunktionäre alle Privilegien staatlicher, parteilicher und wirtschaftlicher Macht auf sich vereinigt.

Doch weder Wohlstand noch politischer Pragmatismus vermögen die ethische Rechtfertigung und Grundlage des politischen Handelns zu ersetzen. Den sozialistischen Ideologien und Utopien mußte und muß ein überzeugendes Grundwertesystem aus christlich-politischer Sicht gegenübergestellt werden. Gerade die Jugend leidet heute unter dem Mangel verbindlicher, ethischer Fundamente, unter dem Mangel an einer Wertordnung, die das grundlegende Ethos, die ethische Grundordnung einer Person oder Gemeinschaft, das was sie trägt, das geistige und ethische Schema ihrer Zuwendung zur Welt erfaßt. Die Unionsparteien wie auch die Kirche sind stets gehalten, sich zu einem überzeugenden, weltanschaulich gesicherten Grundwertefundament, das die Frage nach dem Sinn des Lebens und den Zielen des einzelnen und unseres Gemeinwesens beantwortet, zu bekennen und dafür einzutreten. So kann der weitverbreiteten Bindungs- und Verpflichtungslosigkeit entgegen gewirkt werden. Grundwerte wie die Würde des Menschen, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit, die Grundrechte unserer Verfassung sind metaphysischen Ursprungs und damit mehrheitlicher Disposition absolut entzogen.

In diesem Zusammenhang muß die Bedeutung der Religion in unserer säkularisierten Gesellschaft neu überdacht werden. Die bürgerlich-liberale Gesellschaft lebte lange von dem moralischen Kapital der christlichen Religionen, die für die Stabilität der Gesellschaft weit wichtigere Faktoren waren und sind als dies von der Philosophie des liberalen Individualismus und sozialistischen Kollektivismus zugegeben wird. Die Religion ermöglicht eine freiheitliche Begründung von Grundwerten, sie bewahrt vor einem Nihilismus der Werte, dem

nichts heilig und alles erlaubt ist. Eine solche Gleichgültigkeit gegenüber den Werten unterspült die Grundlagen einer freien Gesellschaft und führt am Ende zu einer Selbstzerstörung der Freiheit. Die Vorstellung, daß in einer freien Gesellschaft die Individuen frei von dem Ethos, frei von Tugenden und Werten sein könnten und die Gesellschaft trotzdem frei bleiben könnte, ist eine Irrlehre. Diese Irrlehre schafft ein geistiges Vakuum, in das antichristliche und pseudo-religiöse Heilslehren eindringen. Das reicht von der Heilslehre des Marxismus/Sozialismus und seinen Spielarten bis hin zu den Sekten, die heute tausende von Menschen in die Irre führen. Kirchen und Politiker sind hier gleichermaßen gefordert, die unsere gesellschaftliche Ordnung tragenden Grundwerte darzustellen.

Gedanken zur marktwirtschaftlichen Ordnung

Die Denkschrift legt im breiten Umfang einen Gegensatz von Marxismus/Sozialismus und Kapitalismus dar. Leider wird jedoch nicht auf die Tatsache hingewiesen, daß der „Kapitalismus“ in der Bundesrepublik Deutschland von Anfang an durch die Politik der Sozialen Marktwirtschaft abgelöst wurde. Die von Ludwig Erhard begründete und von den Unionsparteien vertretene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist die Anwendung unseres von Solidarität und Subsidiarität geprägten individuellen Freiheitsbegriffes auf dem sozial-ökonomischen Bereich. Soziale Marktwirtschaft ist eine spontane Ordnung, die sich durch die freien Entscheidungen einer Unzahl von Marktteilnehmern auf der Grundlage eines Systems allgemeiner, für eine unbestimmte Zahl künftiger Fälle geltender Regeln verwirklicht. Es ist die Ordnung freier Menschen, die sich als gleiche gegenüberstehen und in ihrem privaten Verhalten nicht an eine hierarchische Ordnung gebunden sind. Hierarchische Ordnungen kennen wir innerhalb des Staatsapparates ebenso wie innerhalb von Unternehmerorganisationen und in anderen menschlichen Gemeinschaften, wo sie unentbehrlich sind. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist eine gänzlich andere. Sie regelt das Zusammenleben der Bürger, ohne ihnen ein bestimmtes

Verhalten vorzuschreiben. Lebensform des freien Bürgers in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ist aber geprägt von dem Postulat: „Jedem das seine – nicht jedem jedoch alles und nicht jedem das gleiche!“. Ihre Effizienz hat sie längst bewiesen. Sie ist jedoch heute gefährdet durch Überforderung und Verfälschung. Systemwidrige Eingriffe von staatlicher Seite beeinträchtigen nicht nur die Freiheit der Marktteilnehmer, sondern auch das Marktergebnis.

Der Sozialen Marktwirtschaft ist die Wirtschaft nicht Selbstzweck; sie steht vielmehr im Dienste des Menschen, im Dienste auch derer, die auf Grund von Alter, Krankheit oder fehlender Qualifikation nicht selbst am Wirtschaftskreislauf beteiligt sind. Sie beinhaltet die Pflicht der Menschen dem Mitmenschen gegenüber auf Hilfe, gleich welcher Rasse, Klasse, Nationalität oder Religion er angehört. Das von den Unionsparteien geschaffene soziale Leistungssystem ist Ausdruck

dessen und wurde zur Grundlage unserer inneren Stabilität. Deswegen scheint es notwendig zu sein, über eine allgemeine Beschreibung des „Kapitalismus“ in den westlichen Demokratien die einzelnen Differenzierungen, Wandlungen und Verbesserungen des „Kapitalismus“ darzustellen und das System der Sozialen Marktwirtschaft als weitüberlegene Alternative zum Marxismus/Sozialismus bewußt zu machen.

Flüchtlinge — das vergessene Elend

Die vietnamesischen Flüchtlingschiffe vor den Küsten Thailands, Malaysias oder den Philippinen und die grauenhaften Tragödien, die sich auf den Schiffsplanken abspielten, haben uns in den letzten Wochen erneut ein Problem in Erinnerung gerufen, das längst vergessen schien: das Elend der Flüchtlinge.

Die älteren unter uns kennen aus eigenem Erleben die endlosen Trecks von Deutschen, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches aus dem Osten in den Westen zogen. Tausende fanden dabei den Tod, Millionen rafften sich aus der tiefen Erniedrigung auf und fanden eine neue Heimat. Aber damit hatte das Flüchtlingselend kein Ende, vielmehr steigerte es sich weltweit. Erinnern wir uns an die Flüchtlinge der Kriege und Revolutionen in den fünfziger und sechziger Jahren, an die Flüchtlingslager in Somalia, dem Libanon, im Süden Afrikas, in Lateinamerika. Zehntausende von Menschen sind tagaus, tagein aus ihrer Heimat unterwegs, um wenigstens ihr Leben zu retten vor Krieg, Hunger, Revolution, politischer oder religiöser Verfolgung. Die Bundesrepublik Deutschland, die in diesem Jahr ihr 30jähriges Bestehen feiert, zählt längst zu den freiesten Ländern der Welt. Und das übt eine große Anziehungskraft auf die Menschen aus, die kaum wissen, was Freiheit ist, weil sie ihnen immer vorenthalten wurde.

Hannovers evangelischer Ministerpräsident Ernst Albrecht hat durch seinen unbürokratischen Beschluß, 1000 vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen, ein Zeichen

gesetzt. Ein Zeichen dafür, daß die freien Länder Verpflichtungen haben. Und die spontane Hilfsbereitschaft hat gezeigt, daß Nächstenliebe in unserer Bevölkerung noch nicht zum Fremdwort geworden ist.

Doch damit sind die Probleme nicht gelöst. Rund 11 000 Menschen suchten 1976 Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, 16 000 waren es bereits 1977 und im zurückliegenden Jahr 1978 wurden rund 25 000 Asylanträge gestellt. Nicht eingerechnet sind die Tausende von Deutschen, die jedes Jahr aus dem Osten als Aussiedler in die Bundesrepublik kommen. Als Deutsche haben sie einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft, aber ihr tatsächliches Schicksal hat viel mit dem der Flüchtlinge gemeinsam.

Wichtiger als die erste staatliche Hilfe ist die Integration in unsere Gesellschaft, in das für die meisten Flüchtlinge fremde Land, ungewohnte Klima und in die raue Leistungsgesellschaft. Hier kann der Staat nicht viel helfen, hier sind die Christen gefordert. Weit hin besteht noch immer eine große Skepsis gegenüber den Fremden, den Ausländern. Und sie wächst automatisch mit eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Deshalb gehört es zu unseren Pflichten als Christen, unermüdlich für die Rechte der Flüchtlinge einzutreten und uns um sie zu kümmern, damit nicht aus der Flucht die ebenso schlimme Außenseiterrolle wird, die die Menschen innerlich zerbrechen läßt.

Zugleich aber wird das deutsche Asylrecht immer mehr von modernen Menschenhändlern mißbraucht.

Diese versprechen ahnungslosen Türken oder Pakistanis ein Leben in Wohlstand und kassieren. Auf deutschem Boden beginnt die Ernüchterung, das Abschieben oder das Leben im Untergrund. Menschliche Tragödien folgen. Oder aber die nicht geringe Zahl von Menschen aus der Dritten Welt, die in der Bundesrepublik Deutschland studiert haben und anschließend nicht mehr in ihre Heimat zurückwollen, wo sie dringend gebraucht werden.

Was wir benötigen, ist eine klare Trennung von Asyl, das niemandem verweigert werden darf, und Aufenthaltsgenehmigung für die, die aus egoistischen Gründen im Land bleiben wollen. Genauso wichtig aber ist die konkrete Hilfe für alle Ausländer, wobei die Aufforderung zur Rückkehr in die alte Heimat durchaus für die die bessere Hilfe ist, denen zu Hause keine Verfolgung droht. Auch die Kirche muß sich viel intensiver als bislang mit dem modernen Flüchtlingsproblem beschäftigen, denn die Not ist groß und der tatsächlich geleisteten Hilfe noch längst nicht genug.

Kirchenpapier der CSU

Bonn: Das von der CSU-Kommission Kirche und Staat erarbeitete und zwischenzeitlich vielerorts diskutierte Papier „Zum Verhältnis von Kirche und Christlich-Sozialer Union“ kann ab sofort über die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn 1 kostenlos bezogen werden.

Aus unserer Arbeit

Sinn und Grenzen der Bürgerinitiativen

Oldenburg: Am 7. Dezember 1978 sprach in Oldenburg beim Evangelischen Arbeitskreis der CDU in den Räumen der Hermann-Ehlers-Stiftung Universitäts-Dozent Dr. Winfried Döbertin, Hamburg, Vorsitzender der Fritz-Erler-Gesellschaft, über das aktuelle Thema „Sinn und Grenzen der Bürgerinitiativen“. Bürgerinitiativen seien keine Geschmacksfrage, sondern grundsätzlich legitim. Sie verträten kommunal, geografisch, sachlich partielle Interessen, die zeitlich begrenzt seien. Dabei besäßen sie einen geringeren Organisationsstand und blieben rechtlich ungebunden und ohne Verantwortlichkeit. Ihre Grenze sei die Gewalt-Frage und der Versuch, sich an die Stelle der Parteien oder Parlamente zu setzen. Sie müßten stets „Initiative“ bleiben, ohne letztliche Entscheidungen fällen zu wollen. Gefährlich sei die Ausnutzung vieler Ängste wie die Unentschlossenheit von Politikern sowie der wirtschaftliche Druck durch Investitions-Blockaden. Eine Untergrabung des Vertrauens zum Staat und zur Funktionsfähigkeit der Wirtschaft müßte mutige, vernünftige und kritische Bürger zu Gegen-Initiativen auf Spezialgebieten provozieren. Moral, Mut und Engagement seien die besten Regulativkräfte, um das politische Gleichgewicht zu erhalten. Eine rege Diskussion rundete diese wichtigen Gedanken ab.

Bundesweite EAK-Aktion

Bonn: Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU ist seit längerer Zeit bemüht, durch verschiedene Einzelaktivitäten das Gespräch mit der evangelischen Pfarrschaft in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt aufzunehmen.

So hat der EAK-Bundesvorsitzende Professor Dr. Roman Herzog in einem Schreiben, welches in diesen Tagen versandt wird, den

rd. 13 000 evangelischen Pfarrern in der Bundesrepublik Deutschland erneut die Gesprächsbereitschaft des Evangelischen Arbeitskreises angeboten. In dem Brief setzt sich Herzog auch mit der Problematik des „C“ im Namen der beiden Unionsparteien auseinander, wobei er erklärt, daß mit dem „C“ niemals auch nur der Eindruck erweckt werden sollte, als wollten die Unionsparteien bestreiten, daß auch in anderen demokratischen Parteien Politiker aus christlicher Überzeugung handeln. Gleichzeitig weist Herzog aber auch darauf hin, daß die unter dem „C“ angetretenen Politiker ernsthaft versuchen, sich in ihren politischen Tagesentscheidungen von den zentralen Sätzen christlicher Sozialethik leiten zu lassen. Herzog, der mit Nachdruck das „C“ verteidigt und schreibt, daß gerade in der gegenwärtigen Situation wieder viele Politiker Zuflucht zum Glauben und zum Gebet nehmen, würde es für anachronistisch halten, das „C“ aus dem Parteinamen zu streichen.

Dem zweiseitigen an die Pfarrer gerichteten Brief liegen zwei Broschüren bei: die Rede des Bundesvorsitzenden der CDU Helmut Kohl auf der diesjährigen Bundestagung des EAK der CDU/CSU in Kassel sowie das auf dem CDU-Bundesparteitag in Ludwigshafen im Oktober '78 verabschiedete Grundsatprogramm der CDU.

Wie der Bundesgeschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises Dr. Peter Egen zu dieser Aktion ergänzend mitteilte, bedarf es keiner Frage, daß hierdurch ein wesentlicher Beitrag für den Dialog mit den in der evangelischen Kirche tätigen Pfarrern geleistet wird.

EAK fordert Gnade für Rudolf Hess

Bonn: Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU/CSU hat in Bonn die vier Alliierten – insbesondere die Sowjetunion – aufgefordert, Barmherzigkeit zu üben und den zu lebenslänglicher Haftstrafe in Spandau verurteilten Rudolf Hess endlich freizulassen. Gleichzeitig appellierte der Arbeits-

kreis an die Bundesregierung, immer wieder mit Nachdruck alle diplomatischen Möglichkeiten zu nutzen, um das Ende der dazu noch unter mittelalterlichen Bedingungen durchgeführten Haft von Rudolf Hess zu erwirken.

Was in der Zitadelle von Spandau mitten in Westberlin vierunddreißig Jahre nach Kriegsende mit dem 84jährigen Menschen Rudolf Hess geschieht, ist nach den Worten des Bundesgeschäftsführers des Arbeitskreises, Dr. Peter Egen, humanitär und ethisch nicht verantwortbar. Wer heute als Christ für Menschlichkeit und Vergebung, Frieden und Aussöhnung einträte, dürfe Rudolf Hess hinter den Spandauer Mauern nicht vergessen, sondern müsse konsequent auch für ihn das Ende der mehr als dreißigjährigen Isolationshaft fordern und um Gnade bitten.

In diesem Zusammenhang erinnerte der Arbeitskreis an eine von ihm anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1977 in Berlin spontan durchgeführte Unterschriftenaktion zur Freilassung von Rudolf Hess. Mehrere tausend Kirchentagsteilnehmer hatten sich damals – zusammen mit dem ehemaligen amerikanischen Gefängnis-Kommandanten von Spandau Eugene Bird – in die Unterschriftenlisten eingetragen.

„Christen müssen immer wieder zur Versöhnung bereit sein“ erklärte dazu der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien.

Bericht aus der Arbeit des EAK im Kreis Pinneberg

Pinneberg: Ein Versuch des EAK der Christlich-Demokratischen Union im Kreis Pinneberg fand ein überraschend positives Echo.

Um den Dezember als Vorweihnachtsmonat von einer abendlichen Vortragsveranstaltung freizuhalten, hatte der EAK Pinneberg zum Besuch eines Adventsgottesdienstes am 17. Dezember in die mittelalterliche Dorfkirche zu Haselau in der Haseldorfer Marsch eingeladen. Motiviert war dieser Versuch von

den geistigen Anregungen unseres in Ludwigshafen beschlossenen Grundsatzprogrammes und darüber hinaus von der wieder mancherorts nachdrücklich empfohlenen Konzentration auf Gottesdienst und Predigt als den eigentlichen Quellen des christlichen Glaubens. Diese Anregungen fanden ihre Bestätigung. Die bekannten schönen Adventslieder schufen eine erstaunliche Hörerbereitschaft auf die Predigt. Diese zeigte völlig bibelbezogen an der Gestalt Johannes des Täufers die menschliche Adventserwartung und die göttliche Adventserfüllung. Es überraschte alle angenehm, wie eine traditionsgebundene Predigt doch zumindest intensive Denkanstöße für die weitere Arbeit des EAK vermittelt.

Im Anschluß an den Gottesdienst kam es zu einem zwanglosen Beisammensein im nahegelegenen „Haselauer Landhaus“. Erfreulich viele Mitglieder und Freunde des EAK, etwa die Hälfte der Gottesdienstbesucher, blieben noch zu diesem anschließenden Informations- und Gedankenaustausch beisammen.

Die hier als gelungen zu betrachtende Kombination für eine Veranstaltung in der Adventszeit dürfte sich für eine Wiederholung durchaus empfehlen.

Dr. Gerhard Rödding soll Schulsenator werden

Berlin: Im Falle eines CDU-Sieges bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus am 18. März soll der Leiter des Schuldezernats in der evangelischen Kirchenleitung von Westfalen, Landeskirchenrat Dr. Gerhard Rödding (45) aus Bielefeld, Schulsenator werden. Er stellte sich am 12. Januar mit dem Spitzenkandidaten der CDU, dem Bundestagsabgeordneten Dr. Richard von Weizsäcker (Bonn), der Presse im Rathaus Schöneberg vor. Die Öffentlichkeit wurde bei dieser Gelegenheit mit einigen Mitgliedern der „Kernmannschaft“ bekannt gemacht, die von der Union für Führungspositionen in Parlament und Regierung vorgesehen sind.

Rödding begründete seine Kandidatur nicht nur persönlich („Ich habe sechs Kinder, und die müssen im Jahr rund 180 Klassenarbeiten schreiben“), sondern auch mit seinen Erfahrungen als Vorsitzender des Ausschusses für Bildungsplanung in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und als Vorstandsmitglied des Landes-Kulturausschusses der CDU in Westfalen-Lippe. Grundsätzlich stellte er fest: „Die Schule muß wieder menschlich werden, sich den Erziehungsproblemen stellen und zur Persönlichkeitsbildung beitragen.“

Weizsäcker sagte, Rödding habe sich „durch Sachverstand und durch seine Persönlichkeit hervorgetan“ und bringe für das Amt des Schulsenators in West-Berlin „Erfahrungen in der Leitung des Schulapparats und maßgebliches Engagement in schul- und bildungspolitischen Fragen“ mit. Rödding, seit 1960 im Landeskirchenamt Bielefeld, ist Landesvorstandsmitglied der westfälisch-lippischen CDU und seit 1978 Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Westfalen.

Echte Pietisten sind nicht in dogmatischen Streitereien erstarrt

Waldbröl: Der Pietist hat sich aus Liebe zu Gott und aus Liebe zum Nächsten auch politisch einzusetzen, erklärte Dr. Horst Waffenschmidt (Waldbröl), nebenamtliches Mitglied der rheinischen Kirchenleitung (Düsseldorf), Bundestagsabgeordneter der CDU und Vorstandsmitglied des EAK der CDU Rheinland.

Es liege ihm, betonte Waffenschmidt, „alles daran, daß wir den unauflösbaren Zusammenhang zwischen Gottesliebe und Nächstenliebe sehen und behalten, weil nämlich manche in unserer Zeit beides auseinanderreißen und ihren Auftrag nur noch bei der Gottesliebe oder bei der Nächstenliebe sehen“. Die Isolierung von Gottesliebe einerseits und Nächstenliebe andererseits bezeichnet Waffenschmidt als einseitig und falsch. Solche Haltungen führten im übrigen leicht dazu, daß am Ende nicht mehr Wort und Gebet das Denken und Handeln bestimmen, „sondern eine Ideologie, die man

sich mit anderen selbst zusammenbastelt“. Nach Waffenschmidt haben die Pietisten immer von dem Zusammenhang zwischen Gottesliebe und Nächstenliebe gewußt. „Echte Pietisten sind nicht in dogmatischen Streitereien erstarrt, sondern haben sich rufen lassen zu tätiger Nächstenliebe. Die großen Werke der Diakonie sind die lebendigen Zeugen für diese Haltung“, hebt das nebenamtliche Mitglied der rheinischen Kirchenleitung in einem Beitrag hervor, der unter dem Titel „Die Pietisten und die Politik“ in der Januar-Ausgabe des Magazins „Schritte“ erschien. Diese Zeitschrift wird von Ulrich Parzany in Essen herausgegeben.

Dr. Horst Waffenschmidt weist zugleich darauf hin, daß in der Bundesrepublik Christen und Nicht-Christen den Gesetzen und Regierungsentscheidungen unterworfen sind. Als Bundestagsabgeordneter müsse er solche Gesetze machen, die für alle zumutbar und annehmbar sind. „Dies bedeutet, daß ich

nicht alles, was für uns Christen wünschbar ist für das Zusammenleben, auch zum Gesetz machen kann. Ich kann mich nur darum bemühen, so viel wie möglich von christlicher Grundorientierung in die politischen Entscheidungen mit hineinzunehmen“, erklärt er. Schließlich aber gebe es für den Christen in der Politik Situationen, in denen er keine Kompromisse mehr eingehen könne und die echten Gewissensentscheidungen – wie etwa bei den Beratungen über den Paragraphen 218 – gefordert sind.

Für das Bezeugen christlicher Standorte, das Weitertragen des Evangeliums und das Deutlichmachen von Schuld und Vergebung im Lichte der Heiligen Schrift tritt Waffenschmidt insgesamt, besonders aber in den Medien ein. „Wir wissen“, schreibt er, „daß wir niemanden mit staatlichen Mitteln zu einem Christen machen können.“ Aber die Christen sollten alle Freiräume in Staat und Gesellschaft nutzen, um christliche Botschaft zu bezeugen. Waffenschmidt glaubt, daß dies mehr Menschen denn je, vor allen jungen Menschen, erwarten.

Europa heute — Das Meinungsklima in der Gemeinschaft

Rund 180 Millionen Wahlbürger Europas sind dazu aufgerufen, im Juni 1979 erstmals direkt über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments abzustimmen. Zu wählen sind 410 Abgeordnete, wovon je 81 aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien kommen. Die Niederlande stellen 25 Parlamentarier, Belgien entsendet 24, Dänemark 16, Irland 15 und Luxemburg 6.

Man hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung, denn eine solche verbessert die Position, die Legitimation des Parlaments und seiner Abgeordneten.

Aber werden die Europäer zu den Urnen gehen? Hat Europa im Bewußtsein seiner Bürger noch den Platz, der ihm eigentlich von seiner historischen Bedeutung her zusteht? Was denken die Europäer über die Gemeinschaft bzw. wie zufrieden sind sie mit der Gesellschaft und ihrem Leben?

Die Antworten auf diese Fragen interessierten auch die EG-Kommission. Deshalb wurden von Mai bis Juni 1978 in ihrem Auftrag europaweit rd. 9 000 Bürger nach ihren Ansichten und Absichten befragt. Einige interessante Ergebnisse dieser Studie seien hier dargestellt.

Das Lebensgefühl in der Gemeinschaft

Sind die Europäer zufrieden mit dem Leben, das sie führen? Sind

sie mit ihrer Gesellschaft einverstanden?

Die Ergebnisse zeigen, daß europaweit die Zufriedenheit mit der augenblicklichen Lebenssituation recht groß ist: 77% der Befragten geben an, sehr oder ziemlich zufrieden zu sein. Dabei entfällt der größere Teil auf diejenigen, die sich ziemlich zufrieden äußern (55%). Insgesamt hat in der EG das Gefühl der Zufriedenheit seit dem Herbst 1977 nachgelassen.

Weniger einverstanden mit ihrem jetzigen Leben sind 22% der europäischen Bürger. Die Unzufriedenen sind vor allem in Italien (37%) und in Frankreich (28%) beheimatet. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es 17%, die ihre Lebenslage mit „nicht sehr zufrieden“ bzw. „überhaupt nicht zufrieden“ bezeichnen. Damit liegen die Deutschen auf Platz sieben der Skala, aber gerade noch über dem EG-Durchschnitt.

Gefragt, wie die Funktionsweise der Demokratie beurteilt wird, äußern 55% der Euro-Bürger, daß sie sehr bzw. ziemlich zufrieden sind. Dagegen stehen 39%, die ziemliche oder völlige Unzufriedenheit äußern.

Auch hier differenzieren die Ergebnisse sehr stark nach den Mitgliedstaaten: Am wenigsten zufrieden mit der Demokratie in ihrem Lande sind Italiener (72%) und Franzosen (40%).

Spitzenreiter in der „Zufriedenheitsskala“ sind die Luxemburger und die Deutschen. Es folgen die Iren und die Dänen.

Interessant ist, daß die Deutschen bei der Beurteilung der Demokratie einen Spitzenplatz einnehmen, bei der Einschätzung der eigenen Lebensumstände aber nicht. Anders in Frankreich und in Italien: dort entsprechen sich Unzufriedenheit mit der Demokratie und Unzufriedenheit mit der Lebenslage.

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß in diesen beiden Ländern das höchste Potential (jeweils 8%) für „eine radikale Änderung der Gesellschaft durch eine Revolution“ zu finden ist. Europaweit erreicht diese Gruppe nur eine Größe von 5%.

Mit 1% gibt es in der Bundesrepublik Deutschland die wenigsten Bürger, die solchen Gedanken anhängen.

Die größte Zustimmung in der Gemeinschaft findet der Gedanke „die Gesellschaft durch Reformen Schritt für Schritt zu verbessern“: 55% stimmen hier zu. Besonders häufig unterstützt man diesen Gedanken auch in Frankreich (66%), Belgien (63%) und Luxemburg (59%). Den letzten Platz nimmt mit 41% Deutschland ein. In der Bundesrepublik Deutschland wird überwiegend (50%) daran gedacht, „die bestehende Gesellschaft mutig gegen alle umstürzlerischen Kräfte zu

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU sucht für leitende Tätigkeit

in seiner Bundesgeschäftsstelle einen begabten und qualifizierten jüngeren Mitarbeiter mit abgeschlossenem Hochschulstudium und bereits erworbener Berufserfahrung. Die Position bietet die Möglichkeit einer weitgehend selbständigen Tätigkeit — sie setzt allerdings Leistungsbereitschaft und Entscheidungsfreudigkeit sowie Interesse für die im Spannungsfeld von Kirche und Politik liegende Aufgabenstellung des Arbeitskreises voraus.

Über alle weiteren Einzelheiten sprechen wir gerne mit Ihnen persönlich.

Zur Vorbereitung dieses Gespräches erbitten wir Ihre ausführlichen Unterlagen einschließlich Ihrer Gehaltsvorstellungen an die Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, zu Hd. Herrn Dr. Peter Egen — persönlich, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn 1.

verteidigen“, während in der gesamten EG nur 33% diese Einstellung unterstützen.

Interessant ist, daß in der Vergangenheit dieses Denken in Deutschland immer stärker geworden ist: 1970 wollten erst 20% die Gesellschaft vor umstürzlerischen Kräften bewahren, aber 70% waren für schrittweise Reformen.

Informationsverhalten

Wie informiert man sich in Europa über die Gemeinschaft?

Die Ergebnisse belegen ein gewisses Desinteresse: 39% sagen, man habe keine Zeit und man könne sich nicht für alles interessieren.

49% widersprechen allerdings dieser Auffassung. Überdurchschnittlich selten ist man in Belgien, Italien und Frankreich bereit, sich über die Gemeinschaft zu informieren. Deutschland nimmt einen mittleren Platz ein.

Der Zeitvergleich zeigt, daß das Interesse an europäischen Informationen besonders bei Europäern mit niedrigem Bildungsniveau zurückgegangen ist.

Zudem hat sich in der EG die Auffassung verbreitet, daß Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen nicht genug über die europäischen Fragen berichten: 45% der Bürger in den Mitgliedstaaten beklagen dies. Die Gegenposition wird von 36% vertreten. Überdurchschnittlich oft wird das Verhalten der Medien in England, Italien und Irland beklagt.

Zustimmung findet bei der Hälfte der EG-Bevölkerung die These, daß die Medien zu oberflächlich über Europa berichten. Nur 27% widersprechen dem. In Frankreich, Irland, England und Luxemburg liegt die Kritik über dem europäischen Mittel.

Gemessen am europäischen Standard scheinen die Deutschen mit der Europa-Berichterstattung in Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen recht zufrieden zu sein.

Die Mitgliedschaft in der EG

Wie denkt man heute in Europa über die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EG?

Die Ergebnisse belegen eine gewisse Europamüdigkeit. Seit 1975 hat in den neun Staaten die positive Bewertung der EG-Mitgliedschaft nachgelassen: 63% hielten es 1975 noch für eine gute Sache, in der EG zu sein; 1978 sind es nur noch 53%.

Von dieser Entwicklung blieb auch die Bundesrepublik Deutschland nicht verschont. Doch hat sich hier das Meinungsklima inzwischen wieder etwas erholt, wenn auch noch nicht der Stand von 1973 oder 1975 erreicht ist. Anders in Frankreich, Irland, Italien und England: dort ist eine ausgesprochene Klimaverschlechterung im Zeitablauf festzustellen.

Besonders die Briten, die 1975 noch zur Hälfte ihre Mitgliedschaft in der EG für eine gute Sache hielten, entfernten sich immer weiter von Europa: Heute äußern sich nur noch 29% positiv, aber schon 38% negativ über Europa.

Damit liegen sie eindeutig am Ende der Skala des Interesses an der Gemeinschaft. Nicht ganz so schlecht die Dänen: 34% halten Europa für eine gute Sache.

Die europafreudigsten Völker sind zur Zeit die Holländer (78%), Luxemburger (73%) und die Italiener (65%). Mit 58% folgen dann Belgien und die Bundesrepublik Deutschland.

Befürworter und Gegner der Direktwahl

Die Meinungslage in Europa ist eindeutig: Gut 70% aller europäischen Bürger sprechen sich für die direkte Wahl der Abgeordneten aus; der Anteil der Direktwahlgegner liegt knapp über 10%. Damit hat sich seit Herbst 1976 — bis dahin nahm die Zahl der Befürworter noch zu — an der Meinungslage in der EG kaum etwas geändert. Dennoch zeigen sich von Land zu Land interessante Unterschiede.

So wird die Europawahl in Luxemburg (82%), in den Niederlanden (80%) und in Italien (77%) am häufigsten befürwortet. Die geringste Zustimmung kommt aus Dänemark (54%), Belgien (64%) und aus dem Vereinigten Königreich (65%). Die Bundesrepublik Deutschland nimmt mit 74% einen mittleren Platz ein. In einigen Ländern zeichnet sich außerdem Verunsicherung ab: Die Zahl der Bür-

ger, die die Antwort verweigern, hat in Dänemark, Deutschland und Frankreich tendenziell zugenommen. Das mag auf eine gewisse Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit in diesen Ländern hindeuten.

Bedeutung der Europawahl

Ist die erste Direktwahl ein Ereignis von großer Bedeutung, das die politische Einigung Europas beschleunigt?

Immerhin vertritt nicht ganz die Hälfte (48%) der Europäer diese Ansicht. Aber auch Bedenken werden angemeldet: 30% bekennen sich zu der Ansicht, dies sei kein besonderes Ereignis, da die nationalen Regierungen nicht an die Beschlüsse des Euro-Parlaments gebunden seien.

Auch hier zeigen sich nationale Unterschiede. Italiener (58%) und Luxemburger (54%) glauben ganz besonders an die Bedeutung des Wahlgangs. Dagegen sind Dänen (42%), Deutsche (44%) und Briten (44%) außerordentlich skeptisch, was die Bedeutung der Wahl angeht.

Der Zeitvergleich macht deutlich, daß im Durchschnitt der EG, besonders aber in Belgien, Frankreich, Holland und im Vereinigten Königreich die positive Einschätzung nachgelassen hat.

Beteiligung an der Europawahl

77% der Europäer waren sich im Frühjahr 1978 mehr oder weniger sicher, daß sie im Juni 1979 den Gang zur Wahlurne nicht scheuen werden. Ganz sicher war sich etwa jeder zweite EG-Bürger (51%); für 26% war es sehr wahrscheinlich. Nach diesen Ergebnissen kann in Italien, in den Niederlanden und in Frankreich mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung gerechnet werden.

Am wenigsten beteiligen werden sich Belgier und Dänen. Auch in der Bundesrepublik Deutschland (72%) liegt der ermittelte Anteil noch deutlich unter dem Durchschnitt.

Im Zeitraum Frühjahr 1977 bis Frühjahr 1978 ist in der gesamten EG die Wahlbereitschaft geringfügig gestiegen.

Auch für die Bundesrepublik Deutschland kann eine Verbesse-

zung registriert werden: Von 64% stieg die „potentielle Wahlbeteiligung“ auf 72%. Berücksichtigt man nur diejenigen, die sich schon ganz sicher sind, daß sie zur Wahl gehen, dann zeichnet sich auch für Frankreich, Luxemburg und Holland eine positive Entwicklung ab.

Eine positive Auswirkung auf die Wahlbeteiligung der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments kann man von der Tatsache erwarten, daß gerade Meinungsführer in besonderem Maße entschlossen sind, zur Wahlurne zu gehen. Dies dürfte mehr oder weniger große Teile der noch ungeschlossenen Wähler im Sinne einer Stimmabgabe beeinflussen.

An den Ergebnissen fällt besonders auf, daß die Bereitschaft, sich an der Wahl zu beteiligen, sehr stark von der Einstellung zur Europäischen Gemeinschaft abhängt: Die Bürger, die der EG positiv gegenüberstehen, sind viel häufiger bereit, ihre Stimme am Wahltag abzugeben.

Zukunftserwartungen

Über die weitere Zukunft der Europäischen Gemeinschaft gibt es verschiedene Meinungen. So wird einmal angenommen, die EG brauche nicht nur ein direktgewähltes Parlament, sondern auch eine supranationale Regierung, die in wichtigen Bereichen das letzte Sagen hat. Zum anderen wird die Auffassung vertreten, die Regierungen in den einzelnen Ländern sollten das letzte Wort haben.

Wie denken die Europäer darüber?

Insgesamt befürworten sie mit je 41% beide Möglichkeiten; also kein klares Resultat. Weitere 18% nehmen zu dieser Frage keine Stellung.

Die länderspezifischen Ergebnisse zeigen deutliche Unterschiede: Italiener (57% : 29%) und – in geringerem Maße – Franzosen (45% : 34%) befürworten die „große“ supranationale Lösung.

Dagegen entscheidet sich die Bevölkerung Dänemarks (16% : 65%), Irlands (18% : 68%) und Englands (28% : 56%) eindeutig für den Verbleib der Kompetenzen bei den nationalen Regierungen.

Ein in dieser Frage eher gespaltenes Meinungsbild ist in Belgien,

Deutschland, Luxemburg und in den Niederlanden zu konstatieren.

In Deutschland stehen sich die Meinungen mit 40% : 40% gleich stark gegenüber.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, was die europäische Bevölkerung von den zukünftigen direktgewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments erwartet. Soll ein Abgeordneter europäische Interessen wahren oder sollte er immer die Interessen des eigenen Landes vertreten?

In dieser Frage gehen in Europa die Meinungen ebenfalls auseinander: 43% stimmen für die Vertretung gesamteuropäischer Interessen, 43% befürworten die nationale Haltung.

Das war nicht immer so: Im Herbst 1977 entschieden sich 48% für die Vertretung europäischer Interessen, und 41% äußerten sich im nationalen Sinne.

Wie sieht es in den Ländern aus?

Das Ergebnis zeigt ähnliche Muster wie bei der vorangegangenen Fragestellung. Die Einwohner Belgiens, Dänemarks, Irlands und Englands tendieren eher dazu, von einem Parlamentarier im Euro-Parlament die Interessenvertretung des eigenen Landes zu erwarten.

Deutsche, Franzosen und Niederländer betonen eher den supranationalen Gedanken, und Italiener und Luxemburger sind unentschieden.

Die größte Unsicherheit bei dieser Frage zeigt sich in der Bundesrepublik Deutschland: hier ist die größte Zahl an Unentschiedenen festzustellen.

Bürger Europas

Man muß sich fragen, ob die Möglichkeit, das Europäische Parlament direkt zu wählen, das Gefühl der Menschen in den Ländern verstärkt, „Bürger Europas“ zu sein.

In der gesamten EG meinen 46% der Befragten, daß dies der Fall ist. Eine widersprechende Ansicht vertreten aber immerhin noch 34%. In Irland, Italien, Luxemburg und in Großbritannien wird die optimistische Auffassung öfter vertreten als im Durchschnitt.

Deutsche und Franzosen liegen mit ihrem Urteil nahe am Mittelwert, während Belgier, Dänen und Niederländer das ganze eher pessimistisch berachten.

Meinungsführer in der EG und ganz besonders in der Bundesrepublik Deutschland glauben viel stärker daran, daß man sich nach den Direktwahlen als Bürger Europas fühlt.

Daten von Ende 1977 zeigen, daß die Verbundenheit mit der Europäischen Gemeinschaft in den einzelnen Ländern stark unterschiedlich ausgeprägt ist. So gaben europaweit 45% der Bürger an, ein Scheitern der Gemeinschaft würden sie sehr bedauern. Dieser Gruppe standen 32% gegenüber, denen es gleichgültig wäre, wenn die EG scheitern würde. 12% wären sogar erleichtert.

In der Bundesrepublik Deutschland sind es immerhin 53%, die mit Bedauern eine Auflösung der EG zur Kenntnis nähmen. Nur in Luxemburg und in den Niederlanden sind es noch mehr.

Eine überdurchschnittliche Gleichgültigkeit ist in Frankreich und Italien festzustellen. Dagegen sind Dänemark und Großbritannien die Länder, in denen ein großer Teil der Bürger (34% bzw. 36%) erleichtert wäre, würde die Gemeinschaft scheitern.

Ergebnis

Eine leichte Europamüdigkeit in der Gemeinschaft der Neun ist zur Zeit zu vermeiden. Dennoch dominiert in allen Mitgliedstaaten ganz eindeutig die positive Beurteilung der Direktwahl zum Europäischen Parlament. Dabei ist sich der Euro-Bürger aber nicht ganz sicher, ob er diesem positiven Ereignis eine große oder weniger große Bedeutung beimessen soll. Teilweise ist auch Gleichgültigkeit zu beobachten.

Wie dem aber auch immer sei, ein sehr großer Teil der wahlberechtigten Bevölkerung wird im Juni 1979 zu den Wahlurnen gehen. Der bis dahin geführte Wahlkampf wird zur weiteren Aufklärung und Mobilisierung beitragen. Mit welchen Argumenten die Parteien ihren Wahlkampf auch führen mögen, daß Europa eine gute Sache ist, wird – zumindest in der Bundesrepublik Deutschland – von keiner Partei bezweifelt.

Und eine positive Stimmung für Europa führt, wie wir gesehen haben, zu einer vermehrten Wahlbereitschaft.

Kurz notiert

Gnadauer Verband gründet Pädagogischen Arbeitskreis

Frankfurt: Christliche Alternativen im Bereich von Erziehung und Unterricht sowie Orientierungshilfen für Eltern und Lehrer will ein jetzt in Frankfurt gegründeter Pädagogischer Arbeitskreis der Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften (Gnadauer Verband) entwickeln und anbieten. Wie der Präses des Verbandes und zugleich Vorsitzende des Arbeitskreises, Pfarrer Kurt Heimbucher, Nürnberg, in diesen Tagen äußerte, müßten die Evangelikalen angesichts der großen Krise der Pädagogik ihren Einfluß in Schule und Erziehung wieder zurückgewinnen. Die Gründung des Arbeitskreises sei ein erstes positives Zeichen, daß die Gemeinschaftsbewegung die Pädagogik wiederentdeckt habe, mit der sich ihre Väter wie August Herrmann Francke (1663–1727) in Halle und Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760) in Herrnhut so intensiv beschäftigt hätten.

Der Arbeitskreis, dem außer Heimbucher sieben Pädagogen angehören, will auch eine Schriftenreihe herausgeben und Tagungen durchführen. Die Bildung von Regionalkreisen auf Länder- und Kreisebene ist vorgesehen. Der Kontakt zu den „Hundertern von Pädagogen“ im Gnadauer Verband soll ebenso gesucht werden wie zu Schulen, Universitäten, kirchlichen Institutionen, Lehrerverbänden und den Studentenorganisationen SMD (Studentenmission in Deutschland) und Campus für Christus. Die Gnadauer Pflingstkonferenz vom 7. bis 10. Juni in Siegen will sich unter dem Thema „glauben – lehren – erziehen“ mit pädagogischen Themen befassen.

Wölber: Jugendreligionen sind „Symptom unserer Zivilisation“

Hamburg: Die sogenannten Jugendreligionen sind „ein Symptom unserer Zivilisation“, das „Ergebnis einer religiös nicht mehr orientierten, sondern indifferenten Gesell-

schaft, einer Gesellschaft zunehmender Anonymität“. Diese Ansicht vertrat jetzt der Bischof des Sprengels Hamburg in der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche, D. Dr. Hans-Otto Wölber, in einem Rundbrief an alle Hamburger Geistlichen. Es müsse nachdenklich stimmen, wenn „unsere ziemlich perfekte Welt“ mit ihren technischen und sozialen Leistungen und den weitgespannten Möglichkeiten solche pseudoreligiösen Erscheinungen hervorbringe. Das Vorhandensein der Jugendreligionen lasse ein Defizit von „seelischen Erfahrungen“ vermuten. Daher sei, so der Bischof, mit einer „zunehmenden religiösen Subkultur“ zu rechnen, wenn es nicht gelinge, eine Antwort auf die gegenwärtige Lage zu finden. Für falsch hielt es Wölber, die Jugendreligionen „durch öffentliche Diskriminierung abzudrängen“. Überhaupt könne die Antwort nicht in einzelnen Maßnahmen liegen. „Die religiöse Dimension unseres Lebens, nach der offenbar – wenn auch irregeführt – ein Teil der jungen Generation sucht, muß in gewissem Grade von uns selbst neu verwirklicht und in unserer Gesellschaft vertreten werden“, meinte der Bischof. Er forderte die Geistlichen seines Sprengels zur „entschiedenen Auseinandersetzung“ mit der „herrschenden rational pragmatischen Weltvorstellung“ und zu „gelebter Frömmigkeit“ auf. Es gelte, dem Bedürfnis nach Verbindlichkeit und verlässlichen Werten entgegenzukommen. „Vielleicht ist es die Meisterleistung der Kirche heute, Autorität zu sein, um Freiheit zu vermitteln, und frei zu sein, um Autorität zu üben“, heißt es in dem Rundbrief.

Präses Immer gibt 1981 sein Amt ab

Bad Neuenahr: Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Lic. Karl Immer (62), wird 1981 aus seinem Amt ausscheiden. Vor der in Bad Neuenahr tagenden Landesynode sagte Immer, er habe nicht die Absicht, sich zu der dann turnusmäßig anstehenden Neuwahl des Präses als Kandidat aufstellen zu lassen.

Mini-Bibel für 85 Pfennig

Stuttgart: Eine „Mini-Bibel“ mit weniger als 100 Seiten hat die Deutsche Bibelstiftung in Stuttgart in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herausgebracht. Das Taschenbuch mit dem Titel „Bibel kurzgefaßt“ enthält auf 96 Seiten eine knappe Auswahl zentraler Stücke des Neuen Testaments und Kernworte des Alten Testaments in der revidierten Luther-Übersetzung. Die Kleinbibel kostet 85 Pfennig, wird jedoch direkt vom Verlag nur zehnstückweise abgegeben. Die Herausgeber möchten durch die knappe Zusammenstellung „blasse Erinnerungen aus Elternhaus, Unterricht und Umgangssprache“ auffrischen und Lust zum Lesen der ganzen Bibel wecken.

1980 besonderes Gewicht auf „Ruf zum Glauben“ legen

Stuttgart: Der Regionalausschuß Württemberg des „Missionarischen Jahres 1980“ bittet die Pfarrer in der württembergischen Landeskirche, in allen Veranstaltungen des nächsten Jahres „ein besonderes Gewicht auf den Ruf zum Glauben an Jesus Christus und in seine Nachfolge zu legen“. In einem jetzt an Pfarrer, Laienvorsitzende und Mitarbeiter versandten Brief wird betont, daß die Initiative für Aktionen innerhalb des Missionarischen Jahres „von Bezirken und Ortsgemeinden ausgehen“ solle.

Zur „Einführung in die Aufgaben des Missionarischen Jahres und zur Vermittlung von Anregungen“ werden drei Tagungen für Pfarrer und Mitarbeiter im Februar, März und Mai angeboten. Außerdem wird auf einen Evangelisationskongreß vom 8. bis 11. April in Stuttgart hingewiesen. Darüber hinaus will eine Gruppe des Regionalausschusses für 1980 eine evangelische Zeitung herausgeben, die allen Gemeinden als Verteilschrift zur Verfügung stehen soll. Vorsitzender des Regionalausschusses ist Oberkirchenrat Theo Sorg, Stuttgart.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdL; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Post-scheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Arnoldshain 6384 Schmittent 1

21. bis 23. Februar 1979

„Dünnhäuter und Dickhäuter“

– Über Beziehungen im Erziehungsalltag. Eine Tagung für Erzieher, Kinderpflegerinnen, Kindergärtnerinnen und Kindergartenleiterinnen.

4. bis 9. März 1979

Hat China die Kirche überholt?

– Ist China für die Kirche eine Herausforderung?

– Was sind die Antworten der Kirche?

– Tagung der Pfarrer, Religionslehrer und China-Interessenten. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Mission und Ökumene

Evangelische Akademie Tutzing Schloß, 8132 Tutzing am Starnberger See

2. bis 4. März 1979

Die Stadt als Geschichtsraum – Kulturelles Erbe und Bürgerinteresse – Forum für junge Erwachsene

9. bis 11. März 1979

Müssen Wahlkämpfe so sein?

– Tagung des Politischen Clubs

Evangelische Akademie Loccum 3056 Rehburg-Loccum 2

16. bis 18. Februar 1979

Sport für geistig Behinderte

– Tagung zur Förderung von Angeboten für geistig Behinderte in örtlichen Sportvereinen –

Die Tagung wird erste praktische Erfahrungen aus der Arbeit mit geistig behinderten Kindern in örtlichen Sportvereinen vorstellen und

zur Diskussion entsprechender Theorieansätze einladen.

2. bis 4. März 1979

Die Region als Chance

– Loccumer europapolitische Tagung 1979. Die Zusammenschau von Region und europäischer Gemeinschaft ermöglicht unter Umständen die Popularisierung des Europagedankens

Evangelische Akademie von Kurhessen-Waldeck Schlößchen Schönburg, Postfach 1205, 3520 Hofgeismar

2. bis 4. März 1979

Orientierungsstufe – Pädagogische Begründungen – Erfahrungen in den Bundesländern – Didaktische Struktur – Bildungspolitische Aspekte.

16. bis 18. März 1979

Luther und Müntzer – Kronzeuge oder Sündenbock?

Vom Umgang des Protestantismus mit seiner Geschichte – Protestantische Identität

Evangelische Akademie 7325 Bad Boll

16. bis 18. Februar 1979

Menschenrechte im unabhängigen Afrika

– Informations- und Arbeitstagung über Ursachen und Erscheinungsformen von Menschenrechtsverletzungen in Afrika am Beispiel von Länderstudien

23. bis 25. Februar 1979

Christen im Widerstand

– Die Bedeutung Dietrich Bonhoeffers für die Widerstandsbewegung im Dritten Reich und für die Christen in der Ökumene (mit Prof. Klemens von Klemperer, North-

hampton/USA, Prof. Dr. Eberhard Bethge, Bonn und Dr. Julio de Santa Ana, Weltrat der Kirchen, Genf)

Evangelische Akademie Nordelbien, Tagungsstätte Bad Segeberg Marienstraße 31, 2360 Bad Segeberg

23. bis 25. Februar 1979

Studienstufe: Anspruch und Wirklichkeit –

Eingeladen sind Schüler, Lehrer und Eltern (hier vor allem die Elternvertreter von Studienstufenjahrgängen)

Evangelische Akademie Oldenburg Heimvolkshochschule, Mühlenstraße 126, 2902 Rastede-Hankhausen

28. Februar bis 2. März 1979

Arbeitstagung für Kommunalpolitiker

17. bis 18. März 1979

Wirtschaftswachstum – Energieverbrauch – Beschäftigung – Unter besonderer Berücksichtigung der Kernenergie

Evangelische Akademie der Pfalz Große Himmelsgasse 6, 6720 Speyer

5. bis 8. März 1979

(Haus Mühlberg)

Evangelium vor Klassenbarrieren – Theolog. Studententagung mit dem Ev. Bund und dem Pfarramt für Fortbildung

14. und 15. März 1979

(Haus Mühlberg)

Tagung der Gemeinsamen Kommission für ökum. Fragen im Bistum Speyer und in der Prot. Landeskirche